

Rathaus
Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 79
pd@sk.so.ch
parlament.so.ch

K 0052/2023 (DDI)

Kleine Anfrage Matthias Meier-Moreno (Die Mitte, Grenchen): Fragen zu Berufsbeistand, Rechenschaftsberichte und Kosten (21.03.2023)

Die Arbeitsbelastung der Berufsbeistände ist auf Grund der hohen Fallzahlen, dem Mangel an Beiständen und den häufigen Stellenwechseln konstant hoch. Für Sozialregionen sind häufige Wechsel von Mandatspersonen eine grosse Herausforderung, was ein zusätzlicher administrativer Aufwand und Kosten nach sich zieht. Von Gesetzes wegen ist ein Berufsbeistand verpflichtet, wenn er seine Stelle kündigt oder pensioniert wird, über sämtliche Mandate einen ausführlichen Rechenschaftsbericht zuhanden der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) zu erstellen. Die Mandatsträgerwechsel müssen vorgängig bei der KESB beantragt und von dieser verfügt werden. Erst anschliessend kann die Berichterstattung durch die abgebende Beistandsperson über die gesamte Periode erfolgen. Damit bis zum Austritt der Mandats-trägerin auch alle Rechenschaftsberichte vorliegen, muss der Antrag an die KESB innerhalb der dreimonatigen Kündigungsfrist erfolgen. Bei einer Dossierlast von 100 – 120 Dossier pro Beistand kann diese Aufgabe nicht zusätzlich zum Tagesgeschäft bewältigt werden. Dies wiederum bedeutet, dass die Sozialregionen die Wiederbesetzung der Stellen mit einer zeitlichen Überlappung von 1,5 bis 2 Monaten vornehmen müssen, was zusätzliche Lohnkosten und Sozialleistungen mit sich bringt. Diese zusätzlichen Kosten tragen die Sozialregionen selber und können nicht an den Auftraggeber überwältzt respektive in den Lastenausgleich eingegeben werden.

Der Regierungsrat wird gebeten, die nachfolgenden Fragen zu beantworten:

1. Wie viele Beistandswechsel gab es zwischen 2017 – 2022 im Kanton?
 - 1.1. Wie sind diese anzahlmässig aufgeteilt auf die Sozialregionen?
2. Bei wie vielen Beistandswechseln wurde eine Stellenüberlappung vollzogen?
 - 2.1. Wie lange dauerte diese im Schnitt?
 - 2.2. Wie sind diese anzahlmässig aufgeteilt auf die Sozialregionen?
3. Was kosteten die Stellenüberlappungen der Sozialregionen insgesamt und aufgeteilt auf die Sozialregionen (Lohn- und Sozialkosten)?
4. Ist sich die Begleitgruppe Kindes- und Erwachsenenschutz (KES), welche vom Regierungsrat eingesetzt wurde, der Problematik «Stellenüberlappung versus Zusatzkosten» für die Sozialregionen bewusst und sieht sie hierbei Handlungsbedarf?
5. Hat sich die Begleitgruppe KES die Frage einer Kostenübernahme bei Stellenüberlappungen als Auftraggeber schon einmal gestellt?
 - 5.1. Wenn ja, mit welchem Resultat?
 - 5.2. Wenn nein, weshalb nicht?
6. Bisher können die entstehenden Kosten bei einer Stellenüberlappung nicht im Lastenausgleich eingegeben werden. Kann sich der Regierungsrat vorstellen, diese unfaire Regelung zeitnah zu ändern?
 - 6.1. Wenn ja, wie genau möchte er dies umsetzen und auf welchen Zeitpunkt?
 - 6.2. Wenn nein, weshalb nicht?

Begründung 21.03.2023: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Matthias Meier-Moreno (1)